

**Antrag
zur Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Trier**

18. Januar 2016

Antragsteller*In: Thorsten Kretzer, Vorstand

Gutes Wohnen für Alle

Trier braucht ein Wohnraumbeschaffungsprogramm

Bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum für alle Menschen, die in Trier leben und hierher ziehen, zur Verfügung zu stellen, ist eine der drängendsten Aufgaben in unserer Stadt. Wohnungsbau hat viele Aspekte und Akteure. Nur wenn die Stadt alle einbezieht und ein abgestimmtes Wohnraumbeschaffungsprogramm auf den Weg bringt, kann Gutes Wohnen für Alle gelingen. Wir GRÜNE haben hierzu schon viele Vorschläge eingebracht. Im vorliegenden Papier haben wir sie zusammengefasst, erweitert und begründet.

Gutes Wohnen für Alle heißt:

- In Trier müssen endlich wieder Sozialwohnungen gebaut werden.
- Eine Stadt mit immer mehr älteren und pflegebedürftigen Menschen muss beim Wohnungsbau auf Barrierefreiheit setzen.
- Der Anteil an Geschosswohnungen muss deutlich höher sein als der an teuren Eigenheimen.
- Neue Wohngebiete leben von einer Mischung aus Jung und Alt, Angehöriger aller sozialer Schichten und verschiedenen Formen des Zusammenlebens.
- Genossenschaftliche Wohnformen und alternative Wohnprojekte bringen Vielfalt in die Stadt.
- Nur eine barrierefreie, fahrrad- und fußgängerfreundliche Infrastruktur mit einer guten Nahversorgung und möglichst viel Grün schaffen Lebensqualität.

Daraus ergeben sich unsere Forderungen an die Stadt und an Vermieter:

- Es zahlt sich aus, Personal einzustellen, um Leerstände zu entdecken und Vermietern Nutzungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
- Im Rahmen von Sonderbauprogrammen geförderte Projekte dürfen nicht wegen Personalmangel ins Stocken geraten oder gar scheitern.
- Die städtische Wohnungsbaugesellschaft steht in den Startlöchern – der Stadtrat soll endlich grünes Licht geben.
- Grundbesitzer rufen wir dazu auf, Wohnungsbauprogramme zu nutzen.
- An Vermieter appellieren wir, die soziale Bindung zu verlängern und der Stadt Belegungsrechte einzuräumen.

Begründung und ausführliche Positionierung:

Viele Menschen wollen gern in Trier leben. Das ist ein sehr ermutigendes Zeichen. Die Schattenseite: Gutes Wohnen ist in Trier rar und teuer. Das erfahren viele Studierende, die nur außerhalb Triers auf dem Lande etwas finden, das treibt auch zahlreiche Eigenheimsuchende aufs Land und verursacht lange Arbeitswege und

verstopfte Straßen. Daher wurden in Trier in den letzten Jahren vor allem Eigenheime und Studierendenwohnungen gebaut, und es entstehen sogar, wie vor allem von uns gefordert, die ersten selbstorganisierten genossenschaftlichen Wohnprojekte für junge und alte, behinderte und nichtbehinderte Menschen unterschiedlichen Einkommens.

Aber, wie in vielen anderen Städten auch, wurde in Trier fast keine einzige neue Sozialwohnung gebaut und dies, obwohl bei tausenden Wohnungen in unserer Stadt derzeit die sozialen Bindungen auslaufen, und danach die Mieten und die Umwandlung in Eigentumswohnungen steigen werden. Es gibt viel zu wenig barrierefreie Wohnungen, obwohl diese angesichts der ins Alter kommenden Babyboomergeneration in einer großen Dimension gebraucht werden und schon jetzt viele Menschen ihre Wohnungen nicht verlassen können, weil sie die Treppe nicht herunter kommen. Vor allem aber leiden diejenigen am meisten unter der Knappheit bezahlbarer Wohnungen, die nicht wie viele Studierende vorübergehend, sondern dauerhaft auf ein sehr geringes Einkommen angewiesen sind.

Es waren die GRÜNEN, die daher in den letzten fünf Jahren beharrlich Seite an Seite mit der Sozialdezernentin im Rat mehr Sozialwohnungen durch verbindliche Quoten gefordert haben und immerhin erreichten, dass der Rat 2014 beschloss: 25 Prozent der Wohnungen, auf deren Bau die Stadt durch Bebauungspläne oder durch weitere Instrumente Einfluss hat, müssen Sozialwohnungen werden.

Wir sind stolz darauf, dass wir unseren Partner im Stadtrat, die CDU und den neuen Baudezernenten davon überzeugen konnten, dass im Flächennutzungsplan nicht 40, sondern 60 Prozent Geschosswohnungsbau vorzusehen ist. So können wir das Ziel erreichen, vielen Menschen eine bezahlbare Wohnung in der Stadt zu ermöglichen, ohne zu viel Grün zu zersiedeln und wichtige Klimaschneisen zuzubauen.

Nun kam zur vorhandenen Wohnungsnot noch die Versorgung der Flüchtlinge hinzu. Was viele angesichts der geschilderten Ausgangslage nicht geglaubt haben, ist erfreulicherweise eingetreten: Dem Aufruf der Stadt, Wohnungen zur Miete anzubieten, damit diese sie an Flüchtlinge untervermietet, sind viele Vermieter gefolgt, so dass die Stadt inzwischen weit über 100 Wohnungen mieten konnte und auf diese Weise die Flüchtlinge dezentral in der Stadt verstreut wohnen. Dank der neu aufgebauten Sozialbetreuung der Stadt und der Wohlfahrtsverbände sowie dank des unglaublichen ehrenamtlichen Engagements vieler Triererinnen und Trierer haben die Flüchtlinge eine gute Chance, sich in unsere Stadt als neue Nachbarn zu integrieren.

Es wird aber auch Standorte, wie die ehemalige Jägerkaserne oder das Burgunderviertel geben, an denen 250 Flüchtlinge mit sozialer Betreuung wohnen. Auch hier engagieren sich viele Menschen, um diesen neuen Nachbarn ein gutes Willkommen zu ermöglichen. Wir gehen davon aus, dass diese Form der Unterbringung nur eine Übergangslösung sein kann.

Wir begrüßen es daher sehr, dass der Stadtvorstand gemeinsam alle Kräfte mobilisiert, schnell, aber dennoch nachhaltig, neue Geschosswohnungen in Filsch und Mariahof zu bauen, zunächst schwerpunktmäßig für Flüchtlinge, aber eben nicht nur.

Wir ermutigen die Verantwortlichen, hier von vorne herein eine Mischung zwischen schon länger hier lebenden Menschen und Neuankömmlingen vorzusehen, zwischen Jung und Alt durch verschiedene Wohnungsgrundrisse und Belegungspläne. Mit diesem Mix braucht die Stadt auch noch weitere Neubaugebiete, wie zum Beispiel die Stadtentwicklungsgebiete rund um die Jägerkaserne oder in Castelnau II. Wir sehen auch in angebotenen Kirchgrundstücken eine Chance, die die Stadt rasch ergreifen sollte.

Trier kann es sich um des sozialen Friedens willen weder leisten, neue Armenghettos entstehen, noch Gentrifizierung zuzulassen oder gar zu fördern. Alle neuen Wohngebiete brauchen barrierefreie, fahrradfreundliche Infrastruktur für den täglichen Bedarf. Geschosswohnungsbau darf nicht als Betonwüste mit teuren Tiefgaragen geplant werden, sondern muss auch im verdichteten Bauen viel Grün wachsen lassen. Andere Städte wie Tübingen und Freiburg haben erfolgreich gezeigt, wie es geht.

Wir ermutigen daher auch die Grundbesitzer, vor allem die großen Wohnungsbaugesellschaften dieser Region, die neuen günstigen Wohnungsbauprogramme des Landes zu nutzen, um schnell viele Geschosswohnungen und hiervon einen erheblichen Teil als Sozialwohnungen zu bauen.

Wir erwarten aber ebenso, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und zumindest einen Teil der auslaufenden sozialen Bindungen verlängern und der Stadt Belegungsrechte einräumen.

Das Beispiel der Stadt angebotenen Wohnungen zeigt, dass es sich lohnt, als Stadtverwaltung Personal zu investieren, das Leerstände kritisch verfolgt und Vermietern Nutzungsmöglichkeiten aufzeigt. Auch dieser Weg muss intensiviert werden, damit hiervon nicht nur Flüchtlinge profitieren, sondern auch andere Menschen, die aufgrund einer Häufung sozialer Probleme aus eigener Kraft keine Wohnung finden können.

Die Stadt hat in Trier-West begonnen, die städtischen Wohnungen zu sanieren, Mariahof soll folgen. Allerdings braucht es angesichts der großen Herausforderungen und der zeitlichen Begrenzung des großen Bund-Länder-Förderprogramms „Soziale Stadt“ hier eine größere Konzentration der Kräfte, das heißt mehr berufliches und soziales Personal, um die Aufgaben zeitgerecht zu bewältigen. Was hier geschafft werden kann, haben die Neueinstellungen und die Kräftebündelungen der letzten Monate gezeigt, die es in Trier ermöglichten, einschließlich der vielen unbegleiteten Minderjährigen weit über 1000 Flüchtlinge in vertretbaren Wohnverhältnissen unterzubringen.

Dieser Weg muss für die Wohnungs- und Städtebauförderung insgesamt begangen werden.

Last but not least fordern wir den Stadtvorstand, den Stadtrat und das Land auf, endlich die gründlichen Vorarbeiten des Sozialdezernates zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft vorbehaltlos aufzugreifen und in Trier eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, wie sie sich in vielen Städten bewährt hat. Wann, wenn nicht jetzt!